

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU**  
**zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1977**

**hier: Einzelplan 12**

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

— Drucksachen 8/100, 8/502, 8/558 —

— **Drucksache 8/639** —

### **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU — Drucksache 8/639 — zur Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1977, hier: Einzelplan 12, Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr — Drucksachen 8/100, 8/502, 8/558 — für erledigt zu erklären.

Bonn, den 23. November 1977

#### **Der Haushaltsausschuß**

<b>Windelen</b>	<b>Müller (Nordenham)</b>
Vorsitzender	Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Müller (Nordenham)

### I. Zum Verfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag in der Sitzung am 24. Juni 1977 dem Haushaltsausschuß federführend und dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen mitberatend überwiesen.

### II. Beschlüsse des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Der Verkehrsausschuß hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 28. September 1977 mitberatend mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Zu Nummer 1 des Antrags stellte er fest, daß das Investitionsprogramm in Form einer Broschüre allen Abgeordneten seitens des Bundesverkehrsministeriums zugeleitet worden sei. Die Minderheit im Ausschuß hielt eine solche formlose Unterrichtung nicht für angemessen und ausreichend.

Zu Nummer 2 war die Mehrheit des Verkehrsausschusses der Auffassung, daß in der Vergangenheit intensive Verhandlungen mit den Ländern in dieser Frage geführt worden seien, die jetzt vor dem Abschluß ständen, so daß eine zusätzliche Entscheidung nicht hilfreich sei. Die Minderheit hielt einen zusätzlichen Anstoß für erforderlich.

Zu Nummer 3 und zu Nummer 4 verzichteten die Vertreter der CDU/CSU-Fraktion auf den Antrag, nachdem das Bundesverkehrsministerium haushaltsrechtliche Bedenken geäußert hatte.

Zu Nummer 5 stellte die Mehrheit fest, daß die gewünschten Aufklärungsaktionen bereits durchgeführt seien und auch künftig erfolgen würden. Die Minderheit hielt eine Intensivierung für erforderlich.

### III. Beschlüsse des Haushaltsausschusses

Der Haushaltsausschuß hat über den Entschließungsantrag am 9. November 1977 beraten und nachfolgende Beschlüsse gefaßt:

#### Zu Nummer 1

Es bestand Einvernehmen darüber, daß das Anliegen, das Investitionsprogramm vorzulegen, als erledigt zu betrachten ist.

#### Zu Nummern 2 bis 5

Der Ausschuß beschloß mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen, daß die Nummern 2 bis 5 als erledigt zu betrachten sind.

Zu Nummer 2 war die Mehrheit im Haushaltsausschuß der Auffassung, daß das Anliegen des Antrags als erledigt zu betrachten sei, nachdem der Vertreter der Bundesregierung zugesichert hatte, daß die Bundesregierung zu dieser Frage bald einen Gesetzentwurf einbringen werde. Von Seiten der CDU/CSU-Fraktion wurde eine solche Erklärung im Ausschuß nicht als Erledigung anerkannt.

Zu Nummern 3 und 4 schloß sich die Mehrheit den schon im Verkehrsausschuß geäußerten haushaltsrechtlichen Bedenken der Bundesregierung an. Da über diese Fragen im Ausschuß diskutiert worden sei, seien die in den Nummern 3 und 4 geäußerten Anliegen ebenfalls als erledigt zu betrachten. Die Vertreter der CDU/CSU im Ausschuß sahen darin, daß die Fragen im Ausschuß diskutiert worden sind, keine Erledigung des gestellten Antrags.

Zu Nummer 5 stellte die Ausschlußmehrheit fest, daß die gewünschten Aufklärungsaktionen erfolgt seien und daß deshalb das Anliegen des Antrags erledigt sei. Von Seiten der CDU/CSU wurde demgegenüber eine Verstärkung der Aufklärungsaktionen für erforderlich gehalten.

Müller (Nordenham)

Berichterstatter